

Das Münchhausen-Projekt

von Karsten Malowitz

Bericht zu den "Walter Benjamin Lectures" von Charles Taylor am 17., 18. und 19. Juni an der Humboldt-Universität zu Berlin

Man durfte gespannt sein. Parallel zu den Feierlichkeiten, mit denen man am Stammsitz in Frankfurt am Main gleich an mehreren Abenden den 90. Geburtstag von Jürgen Habermas beging, fand an der Außenstelle der Kritischen Theorie in Berlin eine Vorlesungsreihe statt, bei der – zumindest dem Anspruch nach – das gesellschaftsdiagnostische Potenzial des sich als kritisch verstehenden Theorieansatzes verhandelt wurde. Geladen hatte Rahel Jaeggi, die Direktorin des im vergangenen Jahr auf Initiative des Hamburger Unternehmers Erck Rickmers gegründeten Centers for Humanities and Social Change an der Humboldt-Universität, das sich die Analyse der gegenwärtigen Krisentendenzen von Kapitalismus und Demokratie auf die roten Fahnen geschrieben hat. Nach der im Mai 2018 veranstalteten internationalen Tagung zum Thema Emanzipation, die als ein programmatischer Fingerzeig für die zukünftige Arbeit des Centers verstanden werden durfte – Soziopolis berichtete –, stand mit den in diesem Jahr erstmals durchgeführten Walter Benjamin Lectures zum Thema „Democracy and Its Crises“ nun die nächste öffentlichkeitswirksame Veranstaltung der linken Denkfabrik an. Zur intellektuellen Orchestrierung des neuen, aus drei öffentlichen Vorlesungen bestehenden Formats hatten sich die Organisatorinnen in der Vorankündigung für die ganz große Pauke entschieden: Benannt nach dem in Berlin geborenen Philosophen Walter Benjamin, so war zu lesen, seien sowohl die Lectures als auch der dazugehörige Chair dem „Anspruch verpflichtet, katastrophalen historischen Tendenzen intellektuell Stand zu halten und politisch entgegenzuarbeiten.“ Rumms!!! Es ging also mal wieder ums Ganze. Darunter macht man es in Berlin offenbar nicht.

Im Gegensatz zu der pathetisch-apokalyptischen Tonart schien die angeschlagene Lautstärke der Bedeutung des Ereignisses, das Jaeggi bei ihrer Begrüßung ausdrücklich „nicht als weitere Möglichkeit zum Promi-Watching“ verstanden wissen wollte, durchaus angemessen. Schließlich war es ihr und den anderen Verantwortlichen gelungen, mit dem kanadischen Sozialphilosophen Charles Taylor einen renommierten Denker nach Berlin zu holen, der für sich in Anspruch nehmen darf, mit vielen der gesellschaftlichen Problemlagen auf beiden Seiten des Atlantiks vertraut zu sein. Und auch wenn Taylors einschlägige Arbeiten zu Hegel,[1] zur

Konstitution des Selbst[2] und der Moderne[3] sowie zur Kritik des Liberalismus[4] nicht unbedingt auf der Linie der (frühen) Kritischen Theorie liegen, an die man am Center anzuknüpfen sucht, so können sie doch – mit einem Lieblingswort des Frankfurter Jubilars gesprochen – in hohem Maße als „anschlussfähig“ für die dort verhandelten Themen und Fragestellungen gelten.

Die Freude über den gelungenen Coup, mit Charles Taylor ein intellektuelles Schwergewicht nach Berlin geholt zu haben, stand der mit sich und der Welt rundum zufriedenen Gastgeberin ins Gesicht geschrieben, und so oft wie sie es im Rahmen ihrer leutseligen Einführung betonte, war man fast geneigt, ihr zu glauben, dass es sich bei dem kanadischen Philosophen tatsächlich um ihre „Wunschbesetzung“ für den Benjamin Chair handelte. Dass Jaeggi mit ihrer Freude nicht allein und das Interesse an dem Gast aus Übersee groß war, davon konnte man sich mit einem Blick in den keineswegs nur am ersten Abend überfüllten Hörsaal überzeugen, in dem sich neben Studierenden und Normalsterblichen auch einige Angehörige der lokalen Professorenschaft eingefunden hatten, um den prominenten Kollegen in Augenschein zu nehmen. Erheblich beeinträchtigt wurde das Vortragserlebnis allerdings durch die widrigen (um nicht zu sagen: katastrophalen) Umstände, denen sowohl der Redner als auch das Publikum in dem stets überhitzten und sauerstoffarmen Emil-Fischer-Hörsaal der Humboldt-Universität nicht intellektuell, sondern physisch standzuhalten hatten. Während die im Saal ausliegenden Programmzettel allabendlich in Fächer umfunktioniert und diverse Kleidungsstücke bis an die für gewöhnlich eng beieinander liegenden Grenzen des sittlichen Anstands und des guten Geschmacks verschoben beziehungsweise geöffnet wurden, bewies Taylor mit seinen 87 Jahren sowohl Stil als auch Steherqualitäten: Im dunklen Anzug und ohne an der korrekt gebundenen Krawatte zu nesteln, hielt er seine Vorträge jeweils stehend, wobei er sich weder von der schlechten Akustik noch von den Tücken der störungsanfälligen Technik aus der Ruhe bringen ließ.

Was Taylor in seiner ersten, „Losing Faith in Democracy“ betitelten Vorlesung ausführte, war der Versuch einer Erklärung für den seiner Ansicht nach nicht nur in Europa, sondern weltweit zu beobachtenden Aufstieg des Rechtspopulismus und das schwindende Vertrauen breiter Bevölkerungsschichten in die liberale Demokratie und ihre politischen Eliten. Den systematischen Dreh- und Angelpunkt von Taylors Erklärungsansatz bildete das von ihm so genannte telische Konzept der Demokratie („telic concept of democracy), dem zufolge es sich bei der Demokratie nicht lediglich um eine Regierungs-, sondern auch um eine soziale Lebensform („form of social life“) handelt, die auf die Verwirklichung bestimmter Ziele und Werte hin angelegt ist – allen voran den der Gleichheit. Charakteristisch für die Demokratie als soziale Lebensform sei nun zweierlei: Zum einen, dass sie die erstrebten Ziele und Werte immer nur näherungsweise oder zwischenzeitlich, niemals aber vollständig und endgültig erreiche, und zum anderen, dass sie in ihrem Vollzug unweigerlich Kräfte und Tendenzen hervorbringe, die der Verwirklichung der erstrebten Ziele und Werte entgegenstehen und schlimmstenfalls zum Verfall und Untergang der Demokratie führen können.

Ausgehend von diesem nicht zuletzt durch Tocqueville inspirierten Konzept präsentierte Taylor einen (stark auf die USA zugeschnittenen) historischen Abriss, in dem er in knapper Form und anhand ausgewählter Ereignisse die Entwicklung der Demokratie von der Französischen Revolution bis zum Ende des 20. Jahrhunderts skizzierte. Die Pointe seiner Darstellung bestand darin, dass er diese Geschichte der Demokratie nicht als eine des linearen Fortschritts erzählte, sondern nach dem Muster einer Pendelbewegung deutete, bei der sich Phasen des Fortschritts mit Phasen der Regression abwechselten. Immer dann, wenn sich die Demokratie von ihren Zielen und Werten entfernt und zugleich mit den ihr eigenen normativen Idealen auch die damit verbundenen Versprechen verletzt hätte, so Taylor, seien Gegenbewegungen aufgetreten, die sich, gespeist aus Wut und Enttäuschung und zusammengehalten durch Solidarität, neuerlich für die Verwirklichung der Ideale und die Einlösung der gebrochenen Versprechen eingesetzt hätten. Zum Beleg dieser – nun freilich mehr durch Hegel und Hölderlin als durch Tocqueville geprägten – Lesart, in der dort, wo Gefahr ist, auch das Rettende wächst, verwies Taylor exemplarisch auf einige der großen gesetzgeberischen Reformen der US-amerikanischen Rechtsgeschichte: Sowohl die Antitrust Laws als auch der New Deal oder der Civil Rights Act seien erst infolge erfolgreicher Proteste organisierter Bewegungen gegen soziale und politische Missstände entstanden.

Nachdem Taylor damit den systematischen und historischen Rahmen für seine weiteren Ausführungen aufgespannt hatte, wandte er sich der Frage nach den Ursachen für den gegenwärtig zu beobachtenden Vertrauensverlust in die Institutionen und das Personal der liberalen Demokratie zu. Die Erklärung, die er anzubieten hatte, war eine eher konventionelle Version des in mancherlei Varianten erzählten Narrativs, dem zufolge es sich beim Rechtspopulismus um eine Abwehrreaktion auf die mit der Globalisierung und dem Aufstieg des Neoliberalismus verbundenen sozialen und kulturellen Folgen handle: Demnach hätten die tiefgreifenden ökonomischen Veränderungen der 1970er-Jahre, namentlich die Abkehr vom Bretton Woods System und die zunehmende Deregulierung der Märkte, weite Teile einer bis dahin gut entlohnten und politisch einflussreichen Arbeiterschaft in prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen gedrängt, die mit erheblichen Einkommens- und Statusverlusten verbunden seien. Was den Betroffenen aber ebenfalls verloren gegangen sei, so Taylor, seien das Gefühl ihrer politischen Bedeutsamkeit und der Glaube an eine bessere Zukunft für sich und ihre Kinder. Statt sich politisch zu organisieren und für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu kämpfen, hätte sich die Masse der Abgehängten frustriert aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Sofern sie der Politik und dem Staat nicht vollständig den Rücken gekehrt hätten, beschränke sich ihr aus Wut, Enttäuschung und Ressentiment gespeistes Protesthandeln nur noch darauf, es „denen da oben mal so richtig zu zeigen“. Exemplarisch verwies Taylor auf die gewalttätigen Demonstrationen der Gelbwesten in Frankreich, bei denen es sich um nichts anderes als ein „Reenactment der Französischen Revolution“ handle.

Abweichend vom Programm, das unter dem Titel „Marketization and Polarization“

für den zweiten Abend eine durch die Arbeiten Karl Polanyis inspirierte Auseinandersetzung mit dem Problem der Kommodifizierung immer weiterer Ressourcen und Lebensbereiche angekündigt hatte, nahm Taylor den tags zuvor liegen gelassenen Faden nach den gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie wieder auf - und knüpfte damit im Wesentlichen an Überlegungen an, die er bereits im Rahmen früherer Veranstaltungen und Vorträge entwickelt hatte.[5] Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand dabei das Konzept der politischen Identität, dem Taylor als bekennender Kommunitarist eine entscheidende Bedeutung für den Zusammenhalt politischer Gemeinschaften zuweist. Mit Leidenschaft und Hingabe sprach Taylor, der sich in seiner Heimat Quebec immer wieder für die kulturellen Rechte der französischsprachigen Minderheit eingesetzt hat, über die Notwendigkeit des wechselseitigen Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Gemeinwohlorientierung der politischen Parteien und die Existenz eines starken Zusammengehörigkeitsgefühls als Voraussetzung für Solidarität und Umverteilung. Stärker, als es manchem Angehörigen der aufstrebenden urbanen linken Intelligenz lieb gewesen sein dürfte, warb er um Verständnis für die Haltung derjenigen, die aus Angst vor Identitätsverlust durch beschleunigten sozialen Wandel oder durch den Zuzug von Migranten anfällig für die Versprechungen populistischer Parteien seien, die ihnen die Rückkehr in die vermeintlich heile und vertraute Welt der Vergangenheit in Aussicht stellen. Möglichen Irritationen im Auditorium kam Taylor, der nun ganz bei sich und in seinem Element war, jedoch sogleich mit dem Hinweis zuvor, dass es sich bei der von ihm propagierten Form der Identität nicht um eine ethnische, sondern um eine politische handle, die nicht auf die Herkunft, sondern auf die Zugehörigkeit zum Gemeinwesen abstellt.[6] Nur ein derart inklusives Identitätskonzept sei geeignet, die in pluralistischen Gesellschaften zwar nicht immer akut, aber doch stets latent vorhandene Gefahr des bewussten Ausschlusses von Minderheiten aus der Gemeinschaft der Staatsangehörigen zu bannen.

Mit diesem Hinweis war Taylor auch schon beim dritten und letzten der von ihm diagnostizierten immanenten Risiken der Demokratie angelangt, nämlich dem Versuch, den Raum der öffentlichen politischen Debatte und des Streits zu schließen und einmal bestehende Mehrheitsverhältnisse durch entsprechende gesetzliche oder konstitutionelle Regelungen - wie etwa in Polen, Ungarn oder der Türkei - irreversibel festzuschreiben. Jede einmal von der Mehrheit an die Macht gewählte Regierung müsse sich der zeitlichen Befristung des ihr erteilten Mandats bewusst bleiben und dürfe nicht der Versuchung erliegen, politischen Wandel zu verhindern oder die Angehörigen oppositioneller Gruppen oder Minderheiten aus dem Kreis der politisch Berechtigten auszuschließen. Wo dies dennoch geschehe und durch den Rückzug der Bürgerinnen und Bürger ins Private zusätzlich begünstigt werde, dort sei es um die Zukunftsaussichten der Demokratie schlecht bestellt.

Das Gefühl, das sich am Ende von Taylors politischer Zeitdiagnose einstellte, war ein zwiespältiges. Einerseits waren die Befunde weder neu noch originell, andererseits aber auch nicht falsch. Dazu auserkoren, einen allgemeinen Trend für

eine sehr weit gefasste westliche Welt zu beschreiben, wirkte Taylors Diagnose seltsam pauschal und abstrakt - und mutete eher an wie der Versuch, sich und den Anwesenden noch einmal den Aufstieg Donald Trumps zu erklären. Vor allem aber hatte man - bei aller berechtigten Sorge um die Zukunft der liberalen Demokratien - nicht den Eindruck, dass hier gerade die drängendsten Probleme einer an bedrohlichen Tendenzen nicht eben armen Gegenwart verhandelt worden waren. Eher beschlich einen der Verdacht, dass sich das von Taylor gezeichnete Bild der Welt dem Blick durch eine kommunitaristisch getrübe Brille verdankte. Kein Wort von der globalen Klimakrise, dem (selbst-)zerstörerischen Raubbau einer profit- und wachstumsbasierten Weltwirtschaft an den natürlichen Lebensgrundlagen, der Ausrottung der Arten oder der industriemäßig betriebenen Züchtung und Tötung sogenannter „Nutztiere“; kein Wort von der Macht der Notenbanken, von deregulierten Finanzmärkten oder der Transformation von Städten in finanzielle Anlageobjekte; kein Wort schließlich auch von der beständig wachsenden Macht der rechtlich kaum kontrollierten Internetgiganten oder von der millionenfachen Vernichtung, Verdrängung und Entwertung von Arbeit durch Digitalisierung und Automatisierung.

Dass zumindest einige dieser Problemkomplexe in den Diskussionsrunden am Ende der ersten beiden Vorlesungen doch noch zur Sprache kamen, war - neben entsprechend interessierten Fragen aus dem Publikum - den Kurzbeiträgen von Maeve Cooke (Dublin) und Patrizia Nanz (Potsdam) zu verdanken, die die Aufgabe übernommen hatten, Taylors Vorträge zu kommentieren. Cooke, die die Gelegenheit nutzte, um Überlegungen aus ihrem aktuellen Forschungsprojekt zu einer kritischen Theorie des Anthropozäns vorzustellen, betonte in ihrem energiegeladenen Statement vor allem die Notwendigkeit einer radikalen (Selbst-)Transformation unserer individuellen wie kollektiven ethischen Identität. Entscheidend sei die Ausbildung eines stärkeren Zusammengehörigkeitsgefühls („interconnectedness“), das sich zukünftig nicht mehr länger nur auf uns Menschen, sondern auch auf andere Spezies erstrecken solle. Ohne einen solchen einschneidenden Bewusstseinswandel, den sie mit dem Begriff der Konversion („conversion“) bezeichnete, so Cookes eindringliche Mahnung, stehe nicht nur die Zukunft der Demokratie, sondern des Planeten auf dem Spiel. Dabei ließ sie keinen Zweifel daran, dass ein solches Umdenken, das den Menschen zusammen mit der Abkehr von bestimmten Einstellungen auch tiefgreifende Verhaltensänderungen abverlangt, nicht von sich aus einsetzen werde, sondern gegebenenfalls - wie der Civil Rights Act in den USA der 1960er-Jahre - durch entschlossene staatliche Maßnahmen durchgesetzt werden müsse.

Während Cooke die Notwendigkeit eines inneren Wandels hervorhob, stellte Nanz in ihrem Kommentar insbesondere auf die äußeren, das heißt die institutionellen Rahmenbedingungen ab, die es ihrer Ansicht nach braucht, um demokratische Antworten auf die politischen und sozialen Herausforderungen der Zukunft zu finden. Freundlich, aber bestimmt, machte sie gleich zu Beginn keinen Hehl aus ihrer Skepsis gegenüber Taylors unverwüstlicher Zuversicht, dass jede Krise auch die Chancen zu ihrer Überwindung in sich berge. Was, so fragte Nanz, wenn es

„tipping points“ gebe, die, sobald sie einmal überschritten wären, eine Rückkehr zum *status quo ante* nicht mehr zuließen? Ausgehend von dieser interessanten Fragestellung präsentierte Nanz mit dem von ihr konstatierten Verfall der Öffentlichkeit in eine Vielzahl von Echokammern, dem Niedergang der Parteien zu Ansammlungen individueller politischer Unternehmer und dem Rückzug vieler Wissenschaftler auf eine diskursiver Auseinandersetzung vermeintlich enthobene Position der Objektivität zwar eine recht konventionelle, von Stereotypen geprägte Gesellschaftsdiagnose. Dafür deutete sie mit ihren gleichwohl abstrakten Forderungen nach neuen politischen Institutionen und Foren, einer neuen Infrastruktur für öffentliche Auseinandersetzungen, einer politisch stärker engagierten Wissenschaft sowie nach einer obligatorischen ethischen Erziehung für Politiker wenigstens an, wo die dringend erforderlichen institutionellen Umbaumaßnahmen ihrer Meinung nach ansetzen sollten.

Es sprach für Taylor und seine geistige Beweglichkeit, dass er nicht nur in den Diskussionsrunden auf die von Cooke und Nanz angerissenen Themen und Fragestellungen einging, sondern in seiner dritten Vorlesung, in der von ihm – „unless I flee town“ – die Skizzierung politischer Handlungsmöglichkeiten und Lösungsansätze erwartet wurde, den Versuch unternahm, eine übergreifende Perspektive zu entwickeln. Was es brauche, um sowohl den Niedergang der Demokratie als auch die drohende ökologische Katastrophe abzuwenden, sei nichts Geringeres als eine realistische Vision, die die Kraft habe, viele der heute zersplitterten oder gar verfeindeten politischen Gruppen und gespaltenen gesellschaftlichen Schichten für sich zu begeistern. Nur mittels einer solchen Vision, die den Menschen zusammen mit der Hoffnung auch die verloren gegangene Motivation zum politischen Handeln zurückgebe, könne es gelingen, ein neues, breit angelegtes Mitte-links-Bündnis („Center-left“) zu schmieden, das stark genug sei, die gigantische Aufgabe der gesellschaftlichen Transformation zu stemmen.

Im Zentrum des von Taylor stichwortartig umrissenen Maßnahmenkatalogs zur Bewältigung dieser Aufgabe stand die Idee eines Green New Deal, von dem sich gegenwärtig nicht nur die US-Demokraten um Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez die Lösung aller Widersprüche des Kapitalismus und der damit verbundenen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen versprechen: Durch enorme staatliche und privatwirtschaftliche Investitionsprogramme in neue Technologien und erneuerbare Energien sollen – bevorzugt in stark von Deindustrialisierung betroffenen Regionen mit hoher Arbeits- und Perspektivlosigkeit – neue Jobs in Firmen und Unternehmen entstehen, die durch eine effizientere Nutzung von Ressourcen nachhaltiges grünes Wachstum ermöglichen. Finanziert werden sollen die Maßnahmen unter anderem durch höhere Steuern, für die nach Taylors Vorstellungen nicht zuletzt multinationale Konzerne aufkommen sollen. Von Konsumverzicht, Degrowth und ungleich verteilten Lasten als möglichen Konsequenzen war in diesem Zusammenhang ebenso wenig zu hören wie von Reboundeffekten oder grenzüberschreitenden Interessengegensätzen.

Während Taylor betonte, dass der Umbau der modernen Gesellschaften nur im Austausch und unter Mitwirkung der Betroffenen gelingen könne, blieb es mit Zhang Shuangli (Fudan) der letzten Kommentatorin vorbehalten, darauf hinzuweisen, dass ein derart monumentales Vorhaben sich nicht in Form nationaler Alleingänge, sondern nur im Zuge einer gemeinsamen Anstrengung der internationalen Staatengemeinschaft verwirklichen lasse. Dafür brauche es jedoch eine andere als die bestehende neoliberale Ordnung mit neuen Regeln, die eine faire Kooperation ermöglichen, was Taylor vehement bejahte. Die optimistische Botschaft, mit der der bekennende Katholik Taylor den Abend beschloss, stand jedenfalls in auffälligem Kontrast zu den apokalyptischen Tönen, die sowohl dem Ankündigungstext der Benjamin Lectures als auch dem Werk ihres Namensgebers zu eigen sind: Wir müssen uns zusammenfinden („get together“), um Gelegenheiten für Diskussionen zu schaffen, in denen wir lernen, uns - ungeachtet aller Unterschiede und Gegensätze - über gemeinsame Interessen zu verständigen und komplexe Identitäten auszubilden. Halleluja!

Nachdem Taylor von einem dankbaren Publikum mit langanhaltendem Applaus verabschiedet worden war, verloren sich die Zuhörer, den tropischen Temperaturen des Hörsaals glücklich entronnen, in den vom Saharawind aufgeheizten Straßen Berlins, um dem intellektuellen Aperitif noch den einen oder anderen alkoholischen folgen zu lassen. Und während man, das heißersehnte Kaltgetränk in der Hand, über das Gehörte sinnierte, konnte man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, soeben Zeuge eines philosophischen Zauberkunststücks geworden zu sein. Hatte Taylor die von ihm identifizierten Probleme nicht vor den Augen des Publikums kurzerhand in deren Lösungen verwandelt? Hatte er - im Vertrauen auf die Macht des Dialogs (in Frankfurt hätte man gesagt: den zwanglosen Zwang des besseren Arguments) - die Masse der Rückwärtsgewandten von heute nicht gerade zu den Trägern des Fortschritts von morgen erklärt? Ressentimentgeladene Nationalisten zu solidarischen Internationalisten? Die Architekten der neoliberalen Weltwirtschaft zu den Baumeistern eines grünen Ökoptopia? Und hatte mit ihm nicht soeben einer der beharrlichsten und scharfsinnigsten kommunitaristischen Kritiker des Liberalismus die Ausbildung einer Kontinente und Ozeane übergreifenden menschlichen Identität für möglich erklärt? Sah so seine „realistische Vision“ aus? Durfte das als ernstgemeinte Probe aufs Exempel für das gegenwartsdiagnostische und perspektivenöffnende Potenzial kritischer Gesellschaftstheorie gelten? Wohl kaum. Doch noch bevor man mit dem Kopf schüttelte, wurden in demselben weitere Fragen laut: Lag Taylors Ausführungen nicht doch eine tiefere Einsicht zugrunde? Sind wir als Menschheit am Ende nicht zur erfolgreichen Durchführung eben jenes Kunststücks verurteilt, für das der berühmte Lügenbaron Münchhausen seither mit seinem guten Namen steht, nämlich uns am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen, in den wir uns hineingeritten haben? Haben wir eine Alternative? Wohl kaum. Wird uns das gelingen? Man darf gespannt sein.

Fußnoten

- [1] Charles Taylor, Hegel, übers. v. Gerhard Fehn, Frankfurt am Main 1975.
- [2] Charles Taylor, Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität, übers. v. Joachim Schulte, Frankfurt am Main 1996.
- [3] Ein säkulares Zeitalter, übers. v. Joachim Schulte, Frankfurt am Main 2009.
- [4] Charles Taylor, Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus, übers. v. Hermann Kocyba, Frankfurt am Main 1988; ders., Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, übers. v. Reinhard Kaiser, Frankfurt am Main 1997; ders., Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie, übers. v. Klaus Nellen, Holger Fliessbach, Udo Rennert, Hans Günter Holl u. Joachim Schulte, Frankfurt am Main 2001.
- [5] So unter anderem in der am 16. November 2017 an der American Academy in Berlin gehaltenen Fritz Stern Lecture Democratic Degeneration: Three Easy Paths to Regression sowie im Rahmen der am 17. Dezember 2017 am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung in Potsdam durchgeführten Diskussionsveranstaltung Crisis and Futures of Democracy.
- [6] Siehe dazu u. a. Charles Taylor, Werden, was wir sind, in: Mittelweg 36 26 (2017), 2, S. 15-26.